Stand: 19.11.2025 11:32:23

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5608

"Lebensunterhalt für volljährige Menschen mit Behinderung sichern - Urteile des Bundessozialgerichtes zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung umsetzen"

## Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/5608 vom 05.03.2015
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/7499 des SO vom 11.06.2015
- 3. Beschluss des Plenums 17/7734 vom 21.07.2015
- 4. Plenarprotokoll Nr. 51 vom 21.07.2015



## Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

05.03.2015 Drucksache 17/5608

## **Antrag**

der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Claudia Stamm und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lebensunterhalt für volljährige Menschen mit Behinderung sichern – Urteile des Bundessozialgerichts zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene bei den zuständigen Stellen für eine sofortige Umsetzung der Urteile des Bundessozialgerichts (BSG) zum Anspruch erwachsener Menschen mit Behinderung auf den vollen Regelsatz bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung einzusetzen. Demnach haben über 25-jährige, voll erwerbsgeminderte Menschen, die im Elternhaus oder bei Angehörigen leben, grundsätzlich den Anspruch auf Leistungen der Regelbedarfsstufe I und dürfen nicht wie bisher automatisch der reduzierten Regelbedarfsstufe III zugeordnet werden.

Das BMAS hat nun erneut in einem Rundschreiben vom 16. Februar 2015 an die Obersten Landessozialbehörden die Grundsicherungsämter angewiesen, die Entscheidungen des BSG nicht umzusetzen. In der Folge wird im Regelfall von den Grundsicherungsämtern bei erwachsenen Menschen mit Behinderung ohne eigenen Haushalt nur die abgesenkte Regelbedarfsstufe III anerkannt.

## Begründung:

Das Bundessozialgericht hat am 23. Juli 2014 in drei Verfahren (B 8 SO 14/13 R, B 8 SO 12/13 R und B 8 SO 31/12 R) entschieden, dass auch volljährige Menschen mit Behinderung, die bei Angehörigen leben und Leistungen der Grundsicherung beziehen, einen Anspruch auf den vollen Regelsatz haben. Derzeit erhalten über 25-jährige, voll erwerbsgeminderte Menschen, die bei ihren Eltern oder anderen Angehörigen leben, nicht den vollen Satz der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Höhe von derzeit 391 Euro, sondern lediglich den um 20 Prozent ge-

kürzten Regelsatz III in Höhe von 313 Euro. Das BSG sieht in dieser Praxis einen Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz nach Art. 3 Abs. 1 Grundgesetz und gegen das Diskriminierungsverbot aus Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz.

Bei einem familienhaften Zusammenleben von Eltern mit ihren erwachsenen behinderten Angehörigen, handelt es sich nach Auffassung des BSG um eine gemeinsame Haushaltsführung, die für den erwachsenen Mensch mit Behinderung den Anspruch auf den vollen Regelsatz begründe. Für die Zuordnung zur Regelbedarfsstufe I sei es nicht erforderlich, dass allein ein Haushalt geführt werde. Dies gelte auch, wenn aufgrund der Behinderung nur ein geringerer Beitrag zur gemeinsamen Haushaltsführung möglich sei. Mittlerweile liegen für alle genannten Verfahren die schriftlichen Entscheidungsbegründungen vor.

Das für die Umsetzung der höchstrichterlichen Entscheidungen zuständige BMAS nahm die Entscheidungen des BSG bisher lediglich zur Kenntnis, weigert sich aber, die Träger der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu einer Änderung der bisherigen Bewilligungspraxis anzuhalten (Rundschreiben 2014/7 vom 8. August 2014 an die Obersten Landessozialbehörden). Zunächst berief sich das BMAS darauf, dass die schriftlichen Entscheidungsgründe des BSG noch nicht vorlagen. Ausdrücklich werden die zuständigen Behörden angewiesen, bis auf weiteres nur die Regelbedarfsstufe III anzuerkennen. Dies gelte auch für die Anpassung bestehender Bewilligungsbescheide. Laufende Widerspruchs- und Klageverfahren seien soweit als möglich ruhend zu stellen.

Diese Anweisung des BMAS hat bei den betroffenen Menschen und ihren Verbänden zu großem Unverständnis geführt. In ihren Augen hat das BSG eindeutig entschieden, zu welcher Regelbedarfsstufe sie beim Zusammenleben mit ihren Eltern oder Angehörigen zuzuordnen seien. Diese höchstrichterliche Entscheidung sei bindend, unabhängig von der Zurückverweisung der Einzelfälle an die für die Tatsachenfeststellungen zuständigen Sozialgerichte. Rechtsverbindlichkeit der Entscheidungen wird iedoch vom BMAS bestritten. In seinem neuen Rundschreiben (2015/3 vom 16. Februar 2015) fordert das BMAS die Grundsicherungsämter erneut dazu auf, die Entscheidungen des BSG zu ignorieren. Diese Anordnung des zuständigen Bundesministeriums an die zuständigen Sozialbehörden, höchstrichterliche Urteile einfach zu ignorieren, ist äußerst ungewöhnlich und rechtlich zweifelhaft. Auch eine Überprüfung evtl. notwendig werdender Anpassungen der gesetzlichen Bestimmungen im SGB XII und im Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz (RBEG) wird durch das BMAS verweigert.

Diese Verweigerungshaltung des BMAS geht zu Lasten der betroffenen Menschen, denen Leistungsansprüche vorenthalten werden. Das damalige Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen hat sich bereits im Jahr 2013 mit der Bitte an das BMAS gewandt, die gesetzliche Re-

gelung zur Regelbedarfsstufe III für über 25-jährige, voll erwerbsgeminderte Menschen zu überprüfen. Da die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung mittlerweile in Bundesauftragsverwaltung ausgeführt werden, kann die Bayerische Staatsregierung die bayerischen Sozialhilfeträger nicht unmittelbar zu einer anderen Bewilligungspraxis anhalten. Sie muss sich deshalb im Bund für eine Umsetzung der höchstrichterlichen Entscheidungen einsetzen.

# **Bayerischer** Landtag

17. Wahlperiode

**Drucksache** 17/7499 11.06.2015

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Drs. 17/5608

Lebensunterhalt für volljährige Menschen mit Behinderung sichern - Urteile des Bundessozialgerichtes zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung umsetzen

## Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Thomas Mütze Judith Gerlach** Mitberichterstatterin:

#### II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 33. Sitzung am 11. Juni 2015 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

## Joachim Unterländer

Vorsitzender



# Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

21.07.2015 Drucksache 17/7734

## **Beschluss**

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Claudia Stamm und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/5608, 17/7499

Lebensunterhalt für volljährige Menschen mit Behinderung sichern – Urteile des Bundessozialgerichtes zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung umsetzen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

## **Inge Aures**

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 3 auf:

## **Abstimmung**

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen! – Keine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 3)

#### Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

## Europaangelegenheiten

 Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union; Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank: Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie COM(2015) 80 final BR-Drs. 71/15 Drs. 17/6322, 17/7405 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	A	A

 Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union; Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Erreichung des Stromverbundziels von 10 Prozent - Vorbereitung des europäischen Stromnetzes auf 2020 COM(2015) 82 final

BR-Drs. 73/15

Drs. 17/6323, 17/7406 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Konsultationsverfahren der Europäischen Union Umgang mit Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft und der Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) angesichts des Klima- und Energierahmens der EU bis 2030 25.03.2015 – 17.06.2015

Drs. 17/6529, 17/7369 (ENTH)

## Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 126 Abs. 3 BayLtGeschO:

Votum des endberatenden Ausschusses für

Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

 Konsultationsverfahren der Europäischen Union Halbzeitbewertung des Verkehrsweißbuchs von 2011 10.03.2015 – 02.06.2015

Drs. 17/6530, 17/7407 (E) [X]

## Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Konsultationsverfahren der Europäischen Union Öffentliche Konsultation im Rahmen des "Eignungstests" der Naturschutzvorschriften der EU (Vogelschutzrichtlinie und Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie)

30.04.2015 – 24.07.2015 Drs. 17/6833, 17/7573 (G)

## Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 BayLtGeschO:

Votum des endberatenden Ausschusses für

Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		A	Z

#### Anträge

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lebensunterhalt für volljährige Menschen mit Behinderung sichern – Urteile des Bundessozialgerichtes zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung umsetzen
Drs. 17/5608, 17/7499 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Anhörung zu den Problemen der bayerischen Betriebe mit der Umsetzung des Mindestlohns Drs. 17/6018, 17/7562 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A		A

 Antrag der Abgeordneten Dr. Harald Schwartz, Kerstin Schreyer-Stäblein, Bernhard Seidenath u.a. CSU Jugendschutz bei E-Zigaretten, E-Shishas u.ä. Drs. 17/6031, 17/7500 (E)

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 BayLtGeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z

9.	Thomas Gehring u.a.	eten Margarete Bause, und Fraktion (BÜNDN rerfortbildung profession (A)	IS 90/DIE GRÜNEN)	
	Votum des federführe Bildung und Kultus	enden Ausschusses für		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		ENTH	Z
<ol> <li>Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bürgernahe Justiz – Beibehaltung der amtsgerichtlichen Zweigst Drs. 17/6223, 17/7513 (A)</li> <li>Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen</li> </ol>				len
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z
11.	Peter Meyer u.a. und	eten Hubert Aiwanger, Fraktion (FREIE WÄH ng in JVA-Krankenabt	LER)	

Drs. 17/6320, 17/7514 (A)

CSU

CSU

Z

Α

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

**SPD** 

Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Bernhard Seidenath,

Bündnisse für Familien - Einbeziehung von pflegenden Angehörigen

Z

Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU

Votum des federführenden Ausschusses für

SPD

Z

Drs. 17/6410, 17/7516 (E)

Gesundheit und Pflege

FREIE WÄHLER

**FREIE WÄHLER** 

Z

GRÜ

GRÜ

Z

Z

13.	Thorsten Glauber u.a	eten Hubert Aiwanger, . und Fraktion (FREIE ı steuerliche Förderunç 9 (E)	WÄHLER)	
	Votum des federführe Staatshaushalt und F	enden Ausschusses für inanzfragen		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z	
14.	Kathi Petersen u.a. S Psychiatrische Verson Drs. 17/6444, 17/7518	rgung von Migrantinne 8 (A) enden Ausschusses für	n und Migranten verbe	essern!
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		Z	
15.			xus Rinderspacher, gert u.a. und Fraktion (	SPD)
		enden Ausschusses für Innere Sicherheit und S		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		团	Z
16.			Klaus Adelt SPD stung für Biberschäder	1
	Votum des federführe Umwelt und Verbraud	enden Ausschusses für Sherschutz		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z

17.	<ol> <li>Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. SPD Kennzeichnungspflicht für torfhaltige Produkte Drs. 17/6558, 17/7575 (A)</li> </ol>					
	Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
	A					
18.	Antrag der Abgeordne Doris Rauscher u.a. ur Flüchtlingsunterkünfte Nutzbarkeit von Bunde Drs. 17/6559, 17/7540	nd Fraktion (SPD) : Kommunen unterstüt es- und Landesimmobi	zen –	,		
	Votum des federführer Staatshaushalt und Fir					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
	A					
19.	Antrag der Abgeordne Dr. Karl Vetter u.a. und B85 – Zeitnahe Realis Drs. 17/6580, 17/7483	d Fraktion (FREIE WÄ ierung der Ortsumfahr	HLER)			
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	l Technologie		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
				ENTH		
20.	Antrag der Abgeordne und Fraktion (FREIE V Umsetzung des Minde Mindestlohnkontrolle Drs. 17/6584, 17/7484	VÄHLER) stlohns V: Auftreten vo				
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	I Technologie		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
	A	A		A		

21.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Umsetzung des Mindestlohns VI: Sonderregelung für mitarbeitende Familienangehörige in der Landwirtschaft schaffen Drs. 17/6585, 17/7566 (A)				
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	A		A	
22.	Antrag der Abgeordner Bernhard Roos u.a. SF Kommunen bei Bergre Drs. 17/6613, 17/7318 Votum des federführer	PD schtsverfahren mit einb (E) nden Ausschusses für	peziehen	d Taghnalagia	
	Wirtschaft und Medien CSU	SPD	a verkenr, Energie und FREIE WÄHLER	_	
	_	0. 2	_		
23.	Antrag der Abgeordner Hans-Ulrich Pfaffmann Abschaffung von Roan Drs. 17/6651, 17/7505	ı u.a. SPD ning-Gebühren (E)	Susann Biedefeld,		
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
24.	Antrag der Abgeordner Kathi Petersen u.a. SF Aushändigung medizir Drs. 17/6659, 17/7519	PD nischer Befunde der A (E)		suchung	
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	Z	Z	Z		

25.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Schulverpflegung verbessern Drs. 17/6722, 17/7569 (E)			
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
26.	Antrag der Abgeordne Thomas Mütze u.a. un Praxistaugliche Reguli Drs. 17/6729, 17/7541	d Fraktion (BÜNDNIS erung von Sportwetter	90/DIĒ GRÜNEN)	
	Votum des federführer Staatshaushalt und Fir			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
27.	7. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD Kinder und Jugendliche stark machen IV: Gesundheitsförderliches Verhalten in der Schwangerschaft aktiv bewerbe Drs. 17/6731, 17/7520 (E)			werben
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
28. Antrag der Abgeordneten Kathi Petersen, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD Bericht der Staatsregierung über die Situation der Hospiz-Einrichtungen in Bayern Drs. 17/6733, 17/7521 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z

29. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Aufklärung über den Umgang mit streikenden (angestellten) Lehrkräften Drs. 17/6735, 17/7487 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Prästationäres MRSA-Screening bei planbaren Krankenhausaufenthalten einführen – Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts umsetzen! Drs. 17/6738, 17/7523 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Angelika Schorer, Martin Schöffel u.a. CSU
 Beibehaltung des bestehenden Systems der Lebensmittelkontrollen Drs. 17/6746, 17/7576 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		Z	Α

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Müller, Herbert Woerlein u.a. SPD Anbindehaltung in der Milchviehhaltung nicht verbieten – Schutz unserer bayerischen, bäuerlichen Strukturen Drs. 17/6785, 17/7578 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			ENTH

33.	Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU Alkoholsucht bekämpfen Drs. 17/6803, 17/7524 (G)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
		A			
34.	<ul> <li>Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Bernhard Seidenat Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. und Fraktion (CSU)</li> <li>Vorsorge bei psychischen Erkrankungen am Arbeitsplatz Drs. 17/6831, 17/7525 (E)</li> </ul>				
	Votum des federführen Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
			团	Z	
35.	Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher, Kathi Petersen u.a. SPD Berichtsantrag zum Online-Handel mit Spender-Muttermilch und Muttermilchbanken Drs. 17/6852, 17/7526 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
36.	i. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD Bericht über eine stärkere Einbeziehung von Heilmittelerbringern in die Gesundheitsversorgung Drs. 17/6853, 17/7527 (E)			die	
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	

37.	Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD Aktionsplan gegen übermäßigen Zuckerkonsum von Kindern vorlegen! Drs. 17/6854, 17/7528 (A)			gen!
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z
38.	Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Umsetzung der rechtsaufsichtlichen Anordnung durch das Gesundheitsministerium zum Hausarztvertrag mit der AOK Bayern sicherstellen Drs. 17/6855, 17/7529 (A) Votum des federführenden Ausschusses für			
	Gesundheit und Pflege	e SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	_		<u></u>	
	A	ENTH		ENTH
39.	Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Paul Wengert, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD Erdrutsch in Oberstdorf – Schutzmaßnahmen vor Extremwetterereignissen und ihren Folgen Drs. 17/7089, 17/7577			
		um des federführenden Ausschusses für welt und Verbraucherschutz		
	der den Antrag für erledigt erklärt hat			
40.	<ol> <li>Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Ru.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)</li> <li>Betreuung von Flüchtlingskindern in bayerischen Kindertagesstätten sichers Sonderprogramm für niedrigschwellige Übergangsangebote auflegen Drs. 17/6545, 17/7501 (E)</li> </ol>			ı sicherstellen -
	Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ